

GERADE. RICHTIG.

18. September: CDU wählen

Das sagt die CDU zum Thema: **Integration**

Am 13. April 2010 beschloss die Berliner CDU ihr weithin beachtetes Integrationskonzept „Gemeinsinn und Leistung“, dessen Kernaussagen in die Erkenntnis münden, dass Integration nur dann gelingen kann, wenn sich Zuwanderer und Deutsche gemeinsam für die Zukunft des Landes und unserer Stadt Berlin einsetzen.

Über 863.500 Menschen mit Migrationshintergrund leben in Berlin, davon über 103.000 in unserem Bezirk. Die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens hängt entscheidend von einer erfolgreichen Integration ab. Viele Mitbürger nichtdeutscher Herkunft identifizieren sich mit Berlin, leisten als Ärzte, Polizisten, Handwerker, Händler oder Arbeitnehmer ihren Beitrag. Gleichzeitig besitzt eine zu große Anzahl unzureichende Sprachkenntnisse, lückenhafte Schul- oder Berufsausbildungen und ist häufiger von Armut bedroht. Darüber hinaus bauen gegenseitige Abschottung und die Konzentration von Zuwanderern in bestimmten Kiezen Integrationshemmnisse auf, die nur geringe Fortschritte trotz eines hohen Einsatzes von Geld nach sich ziehen. Das wollen wir ändern.

Zuwanderer sollen Leistungsträger und nicht Leistungsempfänger sein. Alle Bildungswege und Aufstiegschancen müssen ihnen offen stehen, aber auch genutzt werden. Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund sollen beispielsweise schon früh eine Kita besuchen, um ihre Sprachfähigkeiten zu verbessern und sich in eine Gruppe zu integrieren. Bei allen Berliner Kindern



BERND KRÖMER.
Bezirksbürgermeister
für Tempelhof-Schöneberg.

CDU

sollte bereits zwei Jahre vor der Einschulung der Sprachstand festgestellt werden, um mehr Zeit für verpflichtende Sprachfördermaßnahmen zu gewinnen. Neben der notwendigen Unterstützung sollten z. B. Eltern hartnäckiger Schulverweigerer mit einer Kürzung staatlicher Leistungen rechnen müssen, wenn sie ihren elterlichen Pflichten nicht ausreichend nachkommen. Romantische Multi-Kulti-Träumereien müssen dem Leitgedanken „Fördern und Fordern“ Platz machen.

Dauerhaft bei uns lebende Zuwanderer sollen sich zu den Werten unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen und sich mit Deutschland identifizieren. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit sollte als Auszeichnung für erfolgreiche Eingliederung und Teilhabe am Gemeinwesen bewertet werden. Eine Zuwanderung ausschließlich mit dem Ziel der Teilhabe am deutschen Sozialsystem lehnen wir ab.

Gesellschaftliches Miteinander vollzieht sich in der Freizeit u. a. in Vereinen, Glaubensgemeinschaften, politischen Vereinigungen oder ehrenamtliche Organisationen. Beispielsweise könnte die Bildung von Netzwerken in Mitverantwortung der Migrant*innenorganisationen einen wertvollen Beitrag zum gegenseitigen Verständnis zwischen Zuwanderern und Einheimischen leisten. Sportvereine, Musik- und Kunstschulen, Bibliotheken, Kinder- und Jugendfreizeitheime, die Volkshochschulen sowie Freizeitstätten für Erwachsene sollten ihr Angebot überprüfen und zielgruppengerecht bewerben.

Entgegengetreten müssen wir der Tendenz, das Thema „Kriminalität aus Zuwanderergruppen heraus“ zu tabuisieren. Nur eine kleine Minderheit der 863.500 Menschen mit Zuwanderungshintergrund geriet bisher mit dem Gesetz in Konflikt. Wahr ist aber auch, dass der Hauptteil der jugendlichen Intensivtäter Migrationshintergrund hat. Dennoch muss klar sein, dass wir uns rechtsfreie Räume in unserer Stadt nicht leisten können. Positiv hervorzuheben ist das sogenannte Neuköllner Modell, eine schnelle und konsequente Ahndung von Delikten in der Jugendkriminalität.

Im Bezirk halten wir folgende Maßnahmen für nötig:

- Der Anteil von mehrsprachigen Erzieherinnen und Erziehern muss sich in den nächsten Jahren deutlich zu erhöhen, um Kindern von Zuwanderern das Gefühl zu geben, dass der soziale Aufstieg von Migrant*innen in unserer Gesellschaft möglich ist.
- Bei Neueinstellungen wollen wir künftig auch verstärkt um geeignete Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund werben. Aufgrund ihrer Mehrsprachigkeit können sie das Verwaltungshandeln deutlich vereinfachen und zielgerichteter machen. Voraussetzung für

eine Anstellung im öffentlichen Dienst ist für uns ausschließlich die entsprechende Befähigung und Qualifikation der Bewerber. Einstellungsquoten wie es das vom rot/roten Senat verabschiedete Partizipations- und Integrationsgesetz vorsieht, lehnen wir ab. Für die CDU gilt bei Einstellungen auch weiterhin ausschließlich die sogenannte Bestenauslese.

- Sportvereine haben eine wichtige Integrationsaufgabe. Gemeinsame sportliche Erfolge in einer Mannschaft können kulturelle und sprachliche Barrieren überwinden und das Gemeinschaftsgefühl stärken. Das brauchen wir in unserer Gesellschaft. Sportliche Erfolge stärken das Selbstwertgefühl junger Menschen und wirken deshalb auch positiv auf die Persönlichkeitsentwicklung. Durch die neuen Vergünstigungen für Kinder, deren Eltern Leistungen nach den Hartz IV Gesetzen erhalten, stellen Vereinsbeiträge künftig keine unüberwindliche Barriere mehr dar. Deshalb halten wir es für wichtig, dass das Bezirksamt verstärkt bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund für die Mitgliedschaft in Sportvereinen wirbt. Hierfür brauchen wir eine gemeinsame Anstrengung vom Sportamt, den Sportvereinen, der Integrationsbeauftragten und den Migrantenvereinen des Bezirks.
- Zuwanderer brauchen in der Anfangsphase eine Anlaufstelle für Fragen und Probleme, die sich im Alltag eines fremden Landes ergeben. In Verantwortung der bezirklichen Integrationsbeauftragten ist deshalb für Neuzuwanderer ein „Begrüßungsbüro“ einzurichten, das als Anlaufstelle dienen soll und bei der Eingliederung in unsere Gesellschaft Hilfestellung leistet und berät.
- Die im Bezirk bestehenden Einrichtungen und Vereine, die sich im Rahmen der Integrationsarbeit bewährt haben, müssen trotz aller Sparzwänge auch weiterhin in ihrer Arbeit gefördert und gesichert werden. Als Beispiel stehen hierfür das Interkulturelle Haus, der Verein Harmonie oder die Seniorenfreizeitstätte Huzur.
- Das Medienangebot für Menschen mit Migrationshintergrund und nicht ausreichenden Deutschkenntnissen ist in öffentlichen Bibliotheken an speziellen Standorten modellhaft auszuweiten. Am Beispiel der Gertrud-Kolmar-Bibliothek in der Pallasstraße konnten mit einem geringfügig veränderten Angebot neue Leser aus eher bildungsfernen Schichten erreicht werden. Bibliotheken sind für Frauen mit Migrationshintergrund der erste Schritt in das öffentliche Bildungsangebot unserer Stadt. Dies gilt es zu fördern.